

Russisch oder Russländisch?

Putin und die nationale Frage

Uwe Halbach

In einem programmatischen Artikel greift Wladimir Putin die »nationale Frage« auf, die sich für die russische Bevölkerung zwischen zwei Polen bewegt: einer »russländischen« Großmachtidentität und einem »russischen« Ethno-Nationalismus, der die Diskriminierung des »staatsbildenden Volkes« in der Russischen Föderation beklagt. Putin präferiert klar das Konzept des »russländischen« Vielvölkerstaats, in dem neben der russischen Mehrheit über hundert andere Volksgruppen leben, die das Recht auf eigene Sprache und Kultur haben. Er neigt sich aber auch dem anderen Pol zu, indem er den »russischen Kern« dieses Konzepts betont. Herausforderungen an die »nationale Frage« betreffen in Russland einerseits die Beziehung zwischen dem föderalen Zentrum und nichtrussischen Peripherien und Enklaven, andererseits den politischen Umgang mit zunehmender Feindseligkeit und rechtsradikaler Gewalt gegen die wachsende Zahl von Migranten. Präsidentschaftskandidat Putin bezog nicht zuletzt deshalb Stellung, weil sich in der seit Dezember 2011 aktiven Protestbewegung gegen seine Wiederwahl neben Liberalen und Linken auch nationalistische Kräfte zu Wort melden.

Putins Artikel vom 23. Januar 2012 trägt die Überschrift: »Die Selbstbestimmung des russischen Volkes: Eine Vielvölkerzivilisation mit russischem Kern«. Die Botschaft lautet: Russland verfügt über eine einzigartige historische Erfahrung mit polyethnischer Staatlichkeit; »alle Versuche, einen monoethnischen russischen Nationalstaat zu propagieren, [stehen] im Gegensatz zu unserer tausendjährigen Geschichte«. Hier entscheidet sich Putin klar für das *russländische* Konstrukt des Vielvölkerstaats. Aber er betont zugleich den *russischen* Kern und die spezifische russische Erfahrung mit dem Vielvölkerstaat, die er vom *Multikulturalismus* in

Europa ebenso abgrenzt wie vom amerikanischen *Schmelztiegel* und der Realität in den untergegangenen Kolonialreichen. Seine Ausführungen richten sich sowohl gegen einen xenophoben russischen Chauvinismus als auch gegen Nationalismus in den nichtrussischen Peripherien der Föderation. Denn dieser Nationalismus könnte zu Separatismus führen. Und Putin hält sich als eine entscheidende Leistung seiner ersten Präsidentschaftsperiode zugute, im Falle Tschetscheniens Separatismus durch massive Militärgewalt unterdrückt zu haben. Doch inzwischen missbilligt die russische Gesellschaft mehrheitlich den

Krieg in Tschetschenien. Separatismus ist kein Tabu mehr. Bei einer 2011 von der Russischen Akademie der Wissenschaften und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten Umfrage vertraten 65 Prozent der Respondenten die Meinung, dass Volksgruppen, die nicht friedlich mit den Russen zusammenleben wollen, die Föderation verlassen sollten. Für die nichtrussischen Volksgruppen im Innern des Föderationsterritoriums, von denen die Tataren mit 5,5 Millionen die größte ist, besteht diese Exit-Perspektive freilich schon aus geographischen Gründen nicht.

Putin hebt die Notwendigkeit hervor, »im föderalen Regierungssystem eine spezielle Struktur zu schaffen, die auf Probleme der nationalen Entwicklung, des interethnischen Zusammenlebens und der Beziehungen zwischen den Volksgruppen reagiert«. Dies könne, müsse aber nicht unbedingt ein eigenes Ministerium sein. Schließlich bestehen bereits Gremien, die sich mit nationalitätenpolitischen Fragen beschäftigen, darunter eine ressortübergreifende Kommission unter Vize-Premier Dmitrij Kosak und ein Expertenrat mit Repräsentanten zivilgesellschaftlicher und religiöser Organisationen.

Kosak, ehemals Stellvertreter des Präsidenten im Südlichen Föderalbezirk und »trouble shooter« im Nordkaukasus, sieht keine Notwendigkeit für die Schaffung eines eigenen Ministeriums. Ein Ministerium würde Nationalitätenpolitik nur mit Bürokratisierung und Zentralisierung befrachten, und Zentralisierung habe sich bislang nicht als probates Mittel zur Lösung der Probleme auf regionaler Ebene erwiesen.

Das Ministerium für regionale Entwicklung stellte Anfang 2012 ein Projekt vor, das insbesondere im Bildungswesen bessere Voraussetzungen für die Entwicklung eines staatsbürgerlichen Bewusstseins unter allen Volksgruppen des Landes schaffen soll, das über ethnische Zugehörigkeit hinausgeht. In den nationalen Teilrepubliken der Russischen Föderation überwiegen zumeist ethnische und religiöse Identitäten. Zu

einem »russländischen Staatsbewusstsein« bekennen sich in Umfragen hier weniger als die Hälfte der Befragten.

Russland als Vielvölkerstaat

Ethnische Russen bilden mit 80 Prozent der Gesamtbevölkerung von 142 Millionen Menschen die Mehrheit, die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) genießt eine Vorzugsstellung unter den vier traditionellen Glaubensgemeinschaften des Landes (ROK, Islam, Judaismus, Buddhismus). Ungeachtet dessen ist Russland eine Föderation polyethnischer und multireligiöser Prägung. Die territoriale Gliederung der Föderation reflektiert dies. Unter den insgesamt 83 Föderationssubjekten, die in acht Föderalbezirken zusammengefasst sind, bilden 21 Republiken der größeren nichtrussischen Volksgruppen mit eigener Verfassung und höchstem Grad an Autonomie die oberste Ebene. Dazu gehören nationale Teilrepubliken wie Dagestan im Nordkaukasus, Tatarstan in der Wolgaregion oder Burjatien in Ostsibirien. Die Autonomie wurde freilich durch die vielzitierte »Machtvertikale« relativiert, die der damalige Präsident Putin zwischen 2000 und 2004 gefestigt hat. Unterhalb der Republikebene rangieren überwiegend von Russen bewohnte Regionen (Krai) und Gebiete (Oblasti).

Auf die Föderalbezirke Wolga und Nordkaukasus entfällt die höchste Zahl nationaler Teilrepubliken. Beide Bezirke stellen zugleich die historischen Muslimregionen Russlands dar. Zwischen ihnen bestehen jedoch gravierende Unterschiede, was ihre politische, wirtschaftliche und soziale Integration in den Gesamtstaat betrifft. Die Wolgaregion blieb bei allen Autonomiebestrebungen der Republik Tatarstan in nachsowjetischer Zeit ein integraler Bestandteil Russlands. Sie ist eine der ökonomisch erfolgreichsten Regionen der Föderation. Tataren, Baschkiren und andere Titulernationalitäten dieser Region stehen in enger Berührung zur russischen Bevölkerung. Der Nordkaukasus ist dagegen zu einer einzigartigen Zone von Instabilität

und Gewalt in der Peripherie der Russischen Föderation geworden. Ursache dafür sind diverse Krisenfaktoren wie terroristische Gewalt, Korruption und Willkür in den lokalen Staatsorganen, Armut und Abhängigkeit der dortigen Föderationssubjekte von Subventionen aus dem Zentrum. Die russische Bevölkerung ist aus dem Nordkaukasus weitgehend ausgewandert. Ein Kaukasisches Islamisches Emirat befindet sich hier seit 2007 im Krieg gegen Russland. Sein Führer Doku Umarow hat in einer Videobotschaft Anfang Februar 2012 den Kampf gegen russische Zivilisten allerdings ausgesetzt, um die Protestbewegung gegen eine Wiederwahl Putins zu unterstützen.

Nationalismus auf regionaler Ebene

Gleichwohl macht auch das besser integrierte Tatarstan von sich reden. Dort wird von Spannungen zwischen nichtrussischen Titulernationalitäten und Russen berichtet. 2011 nahmen solche Spannungen in der Republik an der Wolga zu, in der zwei Millionen Tataren und 1,5 Millionen Russen leben. Zum Konflikt kam es, als russische Aktivisten sich darüber beklagten, dass im Schulwesen der Republik die tatarische Sprache auf Kosten des Russischen überverteilt würde. Eine tatarische Fernsehjournalistin verschärfte den Konflikt, indem sie gegen die Russen als Besatzer wetterte und daraufhin von der Jugendorganisation Azatlyk (Freiheit) zur Nationalheldin erhoben wurde.

Dadurch wird Tatarstan noch kein Brennpunkt der Nationalitätenfrage, auch wenn russische Beobachter bereits Alarm schlagen und auf lokalen Nationalismus und eine antirussische Geschichtsbetrachtung in diesem am frühesten eroberten muslimischen Landesteil des früheren Zarenreichs verweisen. Ungleich größere Probleme hat das Zentrum, wie gesagt, in der kaukasischen Peripherie.

Migration und Xenophobie

Noch stärker als durch das Verhältnis zwischen dem föderalen Zentrum und nichtrussischen Peripherien und Enklaven wird die nationale Frage durch Wechselwirkungen zwischen Migration und Fremdenfeindlichkeit berührt. Laut Angabe des Föderalen Migrationsdienstes sind allein 2011 mehr als neun Millionen Arbeitsmigranten nach Russland gekommen, und zwar überwiegend nach Moskau und in andere Metropolen. Nur eine Minderheit hat eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erhalten. Ein Drittel dieser Arbeitsmigranten kommt aus Zentralasien. Dabei handelt es sich um etwa zwei Millionen Usbeken, eine Million Tadschiken und 500 000 Kirgisen. Die Migration betrifft auch Russlands Stellung im GUS-Raum. Durch sie wird ein Land wie Tadschikistan, das weltweit den höchsten Anteil an Rücküberweisungen durch Arbeitsmigranten am Bruttoinlandsprodukt aufweist, hochgradig von Russland abhängig. Hunderte Zuwanderer aus Zentralasien und dem Kaukasus sterben jedes Jahr an den Folgen unzureichender Gesundheitsvorsorge, harscher Arbeitsbedingungen und rassistischer Gewaltübergriffe. Laut dem mit Rechtsradikalismus befassten Moskauer Forschungsinstitut Sova (Eule) wurden 2011 zwanzig Migranten durch russische Rassisten getötet und 130 verletzt. In zurückliegenden Jahren war die Zahl der Opfer noch größer (Höhepunkt 2008: 109 Tote, 486 Verletzte).

Die Unzufriedenheit im Lager der Migranten wächst, aber nur wenige wagen es, ihren Protest gegen Menschenrechtsverletzungen auf die Straße zu tragen. Umgekehrt nimmt die Feindseligkeit gegenüber Migranten in Teilen der russischen Bevölkerung zu, dies vor allem in Moskau. Mehr und mehr rücken Parolen wie »Russland den Russen«, »Moskau den Moskauern« in den Mittelpunkt eines xenophoben Nationalismus.

Putin geht in seinem Artikel und mit nachfolgenden Äußerungen auf das Problem von Migration und Xenophobie ein. Er warnt vor Rassismus und rechtsextremer

Gewalt, kündigt gleichzeitig striktere Regeln für Einwanderung an. Wie kein anderer Teil seiner Ausführungen zur »nationalen Frage« findet der letztgenannte Punkt Zustimmung in der Bevölkerung. 75 Prozent bekundeten bei einer Umfrage des Meinungsforschungszentrums VCIOM von Ende Januar 2012 Einverständnis mit Plänen, die Regeln zur Registrierung auswärtiger Zuwanderer zu verschärfen. Militante Rechtsradikale feinden allerdings am heftigsten Zuwanderer aus dem Nordkaukasus an und reagieren damit auf eine Erscheinung von Binnenmigration, die solcher Regelung nicht unterliegt.

Nationalismus und Protestbewegung

Die Demonstranten, die seit Dezember 2011 für freie Präsidentschaftswahlen unter der Parole »Russland ohne Putin« auf die Straße gehen, repräsentieren diverse ideologische Kräfte. Eine Komponente bilden moderate und radikale nationalistische Gruppen. Anders als die Linke mit der geschlossen wirkenden Kommunistischen Partei ist das nationalistische Lager organisatorisch zersplittert und ähnelt darin dem liberalen politischen Spektrum. An die vierzig Organisationen beteiligen sich am »Russischen Marsch«, jener nationalistischen Großveranstaltung, die alljährlich am 4. November stattfindet, dem Jahrestag der nationalen Einheit. Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts entfaltet sich eine ultra-nationalistische Bewegung im Internet. Dabei hat sich die rechte Szene verändert. Ihre Protagonisten unterscheiden sich in Alter und Radikalität von Vorläufern aus dem ersten nachsowjetischen Jahrzehnt, von denen heute noch Figuren wie Wladimir Schirinowskij und der Schriftsteller Eduard Limonow tonangebend sind.

Aleksandr Werchowskij, der Leiter des Moskauer Sova-Instituts, bezeichnet den Nationalismus als »das Gespenst auf dem Fest«. Dabei steht das Fest für das Auftreten einer regimiekritischen Öffentlichkeit, in der sich Nationalisten gemeinsam mit Libe-

ralen und Kommunisten für freie Wahlen einsetzen. Auf den Podien der seit Dezember aktiven Protestbewegung treten auch Redner aus dem rechtsradikalen Spektrum auf wie Eduard Limonow, Wladimir Tor oder Ilja Lasarenko. »Wir russischen Nationalisten sind mehr als alle anderen an Freiheit und Demokratie in Russland interessiert, weil wir daran glauben, dass bei wirklich freien Wahlen die politische Macht an die Mehrheit geht« – so ein Podiumsteilnehmer bei der Demonstration vom 24. Dezember 2011. Er sieht die Mehrheit auf der nationalen Seite. Meinungsumfragen unterstützen diese Annahme: 59 Prozent der vom Levada-Zentrum befragten Russen akzeptieren den ethno-nationalistischen Slogan »Russland für die Russen«.

An der Schnittstelle zwischen Nationalismus und der Bewegung für die Öffnung des von Wladimir Putin geprägten politischen Systems findet man Persönlichkeiten wie Aleksej Nawalny. Durch sein Engagement gegen systemische Korruption in Russland berühmt geworden, steht er an der Spitze der Putin-kritischen Bloggergemeinde, er saß aber auch im Organisationskomitee des Russischen Marsches. Moderate Teile des nationalistischen Spektrums greifen auf den Mittelstand über, der die politische Bewegung nach den Parlamentswahlen vom Dezember 2011 dominiert.

Nationalisten finden sich freilich auch in der Machtelite. So gab der stellvertretende Premierminister Dmitrij Rogosin, der sich als Führer eines moderaten Nationalismus profiliert hat, in der Zeitung *Iswestija* eine »russische Antwort« auf Putins Einlassung zur nationalen Frage. Er lobt seinen Chef dafür, dass er die besondere Rolle des »staatsbildenden Volkes« betont, und vergleicht dies mit Stalins Toast auf das »russische Volk« als Sieger im Zweiten Weltkrieg. Putins Profil in der nationalen Frage bleibt trotz des Plädoyers für den »einzigartigen russländischen Vielvölkerstaat« unscharf. So hat sich Premierminister Putin weniger klar gegen wachsenden Rechtsradikalismus positioniert als der amtierende Präsident Medwedew.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364